

„Die Steuern müssen erhöht werden“

Der Berliner Vermögensverwalter **Guido Lingnau** fordert zur Lösung der weltweiten Schuldenkrise höhere Steuern. Als Vorbild dienen ihm Schweden und Finnland, die in den 90er-Jahren ähnliche Probleme hatten und sie durch höhere Steuern lösten

Euro fondsexpress: Herr Lingnau, 2000 Punkte Verlust beim DAX in kurzer Zeit. Wie schätzen sie den Crash ein – sind die Verluste übertrieben oder kommt tatsächlich eine Rezession?

Guido Lingnau: Ob die Kursverluste tatsächlich gerechtfertigt sind, kann man wie immer erst im Nachhinein sagen. Im letzten Jahr hatten wir einen ähnlichen August mit fallenden Aktienkursen und steigenden Renten. Im letzten Jahr verbesserten sich dann aber die wirtschaftlichen Daten ab September vor allem in den USA zunehmend und der Aufschwung in den Schwellenländern näherte sich seinem Höhepunkt. Dadurch liefen die Aktien auf neue Nachkrisenhochs, während Anleihen starke Einbußen hinnehmen mussten. In diesem Jahr ist wohl nicht die Angst vor einer Zahlungsunfähigkeit der Grund für die Kursrückgänge. Die Angst, dass die Sparprogramme die Welt in eine neue Rezession führen könnten, lebt vor allem in den USA auf. Dort erinnert man sich sehr schnell an die 30er-Jahre.

?: Gibt es einen Ausweg aus der Schuldenkrise?

Lingnau: Wenn man nur das Schuldenmachen als Ursache der Schuldenkrise sieht, ist man auf einem Auge blind. Die Schulden des Einen sind gleichzeitig das Guthaben eines Anderen. Die Schuldenproblematik hat damit mindestens zwei Komponenten: Mangelnde Ausgaben- und Einnahmendisziplin wie etwa kreditfinanzierte Steuersenkungen der Regierungen in den letzten 30 bis 40 Jahren und zuletzt ein demografisch bedingter Anstieg der Nettoersparnis der privaten Haushalte für Kredittilgung und private Altersvorsorge. In den USA haben die Hausbesitzer in den letzten beiden Jahren ihre Kredite um mehr als 800 Milliarden Dollar zurückgeführt. Diese 800 Milliarden Dollar mussten durch Konsumverzicht aufgebracht werden, wodurch wiederum die Wirtschaft lahm und der Staat bei weniger Steuereinnahmen Mehrausgaben hat. Ähnlich sieht es in anderen Staaten aus. Japan hat wohl keine Chancen mehr, sich aus seiner Verschuldungsspirale zu befreien.

?: Gibt es Beispiele, wie man das Problem lösen kann?

Lingnau: Ja, Finnland und Schweden haben in den 90er-Jahren ebenfalls eine schwere Bankenkrise erlebt, die ähnliche Ursachen hatte wie die in Japan und den USA. Dort hat man höchste Priorität auf Haushaltssanierung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gelegt. Die privaten Steuern wurden erhöht, Sozialleistungen gekürzt und Unternehmensteuern gesenkt. Ein kräftiger Anstieg der Exporte war die Folge der besseren Wettbewerbsfähigkeit und daraus folgte dann auch ein kräftiger und nachhaltiger Anstieg der Inlandsnachfrage. Die soliden Staatsfinanzen brachten zunehmend Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Nachhaltigkeit der staatlichen Sicherungssysteme, was das Angstsparen der Bevölkerung einschränkte.

?: Was sollte die deutsche Regierung tun?

Lingnau: Für Deutschland gibt es einen relativ einfachen Weg aus der Verschuldung, da die Wirtschaft schon recht wettbewerbsfähig ist. Man müsste die höheren Einkommen stärker besteuern, da die

Nettoersparnis bei höheren Einkommen überproportional ansteigt. Auch die Ausweitung der Beitragspflicht zur gesetzlichen Rentenversicherung auf alle Einkommen – etwa durch eine Umwidmung des Soli – könnte die Nettoersparnis der privaten Haushalte senken und das Haushaltsdefizit in einen Überschuss verwandeln.

?: Was sollte dann mit dem Geld geschehen?

Lingnau: Der Schuldenstand könnte abgebaut werden und gleichzeitig könnte ein Teil in demografisch jungen Volkswirtschaften wie Brasilien, Südafrika oder Indien investiert werden. Der Staat könnte so die Kapitalflüsse besser steuern. Die jetzt nicht beitragspflichtigen Bürger müssten ihre privaten Vorsorgeverträge (teilweise) stilllegen und dafür dann in die gesetzliche Versicherung einzahlen. Die Rente und der Beitrag würden sich kaum ändern. Ein flexibler Übergang in den Ruhestand würde den Neurentnern die Wahl überlassen, ob er früher mit geringer Rente oder später mit höherer Rente aus dem Berufsleben aussteigt. Das Rentensystem wäre nachhaltiger als heute und der Staat wäre saniert, bis die Babyboomer ab 2030 in Rente gehen.

?: Haben Sie auch eine Ratschlag für unsere griechischen Freunde?

Lingnau: Für Griechenland gibt es wohl nur einen Ausweg – wenn Deutschland nicht die Zeche übernehmen soll: Austritt aus dem Eurosystem und Neuanfang.

?: In den USA sieht es nicht viel besser aus. Stehen sie auch vor dem Bankrott?

Lingnau: Die USA haben mit ihrer Weltreservewährung ein zusätzliches Problem und eine zusätzliche Chance. Durch die Anhäufung von Währungsreserven vieler Staaten war die US-Wirtschaft über viele Jahre benachteiligt. Besonders China hat durch Währungsmanipulation seine Exporte subventioniert. Das Leid der US-Industrie war und ist der Vorteil der US-Haushalte. Sie konnten dadurch auf Dauer mehr konsumieren. Denn die steigende Geldmenge verursacht eine höhere Inflation und niedrigere Zinsen und diese Geldentwertung musste und muss von allen Dollar-Gläubigern gezahlt werden, während die neu gedruckten Dollars nur den USA zugutekommen.

?: Also geht vom Geld drucken der USA eine große Gefahr aus?

Lingnau: Sicher. Solange das Weltwährungssystem auf dem Dollar aufbaut, bleibt es bei dieser ungleichen Lastenverteilung. Daher ist es auch verständlich, dass die USA sich jetzt gegen die Währungsmanipulatoren mit einer immer stärkeren Ausweitung der Geldbestände wehren. Die weltweiten Ungleichgewichte nehmen dadurch aber weiter zu und das Ende des derzeitigen Weltwährungssystem nähert sich. Eine solide Haushaltspolitik und eine durch Sparen wieder wettbewerbsfähigere Wirtschaft kann die USA aus eigener Kraft kaum hinbekommen. Sie haben ähnlich wie die Griechen keine eigene Währung, der Dollar gehört mehr oder weniger allen am Welthandel teilnehmenden Staaten. Da der Staat trotzdem sparen muss, wäre eine längerfristige und stufenweise Anhebung der Steuern für höhere und mittlere Einkommen wahrscheinlich am hilfreichsten.

jk«



IM PROFIL

Guido Lingnau

Der ausgebildete Banker hat 1999 Guliver gegründet und führt Guliver inzwischen zusammen mit seinen beiden Brüdern. Damals begannen sie mit Fondsberatung und -vermittlung. Seit 2004 managt Lingnau auch Dachfonds. Seit Bestehen des Unternehmens widmet sich der Berliner der Erforschung des Einflusses der Demografie auf das tägliche Leben und somit auf Wirtschaft und Finanzmärkte. Auf dieser Basis berät er seine Kunden und managt auch seine beiden Dachfonds Guliver Demografie Wachstum und Sicherheit.